

**Sitzung der AG Menschen mit Behinderung am 25.09.2020 als
Telefonkonferenz**

- Protokollentwurf

Teilnehmer und Teilnehmerinnen:

- | | |
|--------------------------|---|
| 1. Volkhard Schwarz | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und
Soziales III B 1 (Moderation) |
| 2. Heike Schwarz-Weineck | Landesbeauftragte für Menschen mit
Behinderungen 1 |
| 3. Katharina Holl | Landesbeirat für Menschen mit
Behinderungen |
| 4. Juliane Bonde | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und
Soziales II C1 |
| 5. Martin Schulz | Landesbeirat für Menschen mit
Behinderungen |
| 6. Stefan Schenk | Landesbeirat für Menschen mit
Behinderungen |
| 7. Ute Krämer | Landesbeirat für Menschen mit
Behinderungen |
| 8. Thomas Zander | Landesbeirat für Menschen mit
Behinderungen |
| 9. Birgit Stenger | Landesbeirat für Menschen mit
Behinderungen |
| 10. Bianca Böttcher | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und
Soziales II A 71 |
| 11. Dr. Julia Würtz | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und
Soziales |
| 12. Dr. Judith Striek | Monitoringstelle Deutsches Institut für
Menschenrechte |
| 13. Catharina Hübner | Monitoringstelle Deutsches Institut für
Menschenrechte |
| 14. Zander-Tabbert | Gebärdensprachdolmetscherin |
| 15. Anja Saft | Gebärdensprachdolmetscherin |

1. Begrüßung

Herr Schwarz begrüßt alle Teilnehmenden auch im Namen von Frau Schnellrath, die derzeit leider nicht im Dienst ist. Ein besonderer Gruß geht an die neu ernannten Mitglieder des Landesbeirates für Menschen mit Behinderungen.

2. Protokollkontrolle

Das Protokoll zur Sitzung vom 29.05.2020 wird ohne Änderung angenommen.

3. Aktuelle Viertelstunde

Es werden folgende Themen angesprochen:

Herr Schwarz geht auf die „Special Olympics World Summer Games 2023“ in Berlin und den Beitrag der Senatsverwaltung Integration, Arbeit und Soziales ein:

- Mitwirkung im Berliner Nachhaltigkeitsprogramm des Senats zu den Special Olympics Weltspielen Berlin 2023
- Thema in der Ressortübergreifenden Arbeitsgruppe UN-Behindertenrechtskonvention am 21.10.2020
- Maßnahmen im Maßnahmenplan (Entwurf) zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Berlin

Resolution zum InklusionsSportpark: Die Konferenz der Berliner Beauftragten für Menschen mit Behinderung und der Landesbeirat für Menschen mit Behinderung haben auf ihren Sitzungen am 19. August 2020 und 02. September 2020 einstimmig eine Resolution verabschiedet. Siehe: <https://www.inklusionssportpark.de/blog/>

4. Themen der Abteilung Integration

Die Vertretung der Abteilung Inklusion musste aufgrund von Krankheit kurzfristig absagen.

- Frau Schwarz-Weineck erwähnt den Entwurf zum Partizipations- und Integrationsgesetz (IntPartG). Hierzu wird es eine Verbändeanhörung geben. Über die Ergebnisse sollte auf der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe berichtet werden.

5. Themen Abteilung Arbeit

Frau Böttcher berichtet, dass die beabsichtigte finanzielle Unterstützung des Projektes „Job-Speeddating für Menschen mit Behinderungen“ in diesem Jahr aufgrund der vielfachen finanziellen Mehrbelastungen der Abteilung Arbeit bedauerlicher Weise nicht erfolgen kann. Weiterhin ist aber geplant, das Projekt, das als „Erstvermittlungsinstrument“ die direkte Kontaktaufnahme zwischen Arbeitsuchenden und Arbeitgebenden ermöglicht, 2021 zu unterstützen.

Das Projekt „Barrieren – nein Danke!“ bei der BUS ist am 01.07.2020 gestartet. Mittlerweile ist auch das Mitarbeiterinnen-Team vollständig und die Projektarbeit, insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt die Akquise der Teilnehmerinnen) läuft auf

Hochtouren. Das Projektteam stellt sich in der personellen Besetzung am 21.10.2020 in der Abteilung Arbeit vor und wird über die ersten Schritte der Projektumsetzung berichten.

Frau Böttcher schlägt vor, bei Interesse die Projektleitung in die erste oder zweite Sitzung der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen 2021 einzuladen und über den Projektstand aus erster Hand zu berichten zu lassen.

6. Themen Abteilung Soziales

Herr Schwarz berichtet zu folgenden Themen:

- 100 Millionen € Programm des Bundes für Einrichtungen der Behindertenhilfe, Inklusionsfirmen, Sozialunternehmen, Sozialkaufhäuser angekündigt, jedoch noch nicht anwendbar, da noch keine Richtlinie veröffentlicht.
- Bund möchte das Budget für Ausbildung weiterentwickeln, zur Diskussion unter anderem, ob es auch in Anspruch genommen werden kann, wenn Menschen mit Behinderungen bereits im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen sind, Gespräche dazu mit den Ländern und Verbänden in der Vorbereitung.
- aGlight: unser Haus hat sich auf Fachebene stark gemacht für ein zusätzliches Merkzeichen, welches das Vorliegen der Voraussetzungen für aGlight rechtsmittelfähig im Feststellungsbescheid nach dem Schwerbehindertenrecht feststellt, leider gibt es dazu kein Einvernehmen mit den Ländern – Thema wird von daher nicht weiterverfolgt.
- Bundesrat Drucksache 495/18 „Es ist normal, verschieden zu sein“: Schwer-In-Ordnung-Ausweis, Bund wird hier nicht weiter aktiv werden, da ganz überwiegend keine Probleme im Sinne einer Diskriminierung beim Vorzeigen des Schwerbehindertenausweises gesehen werden.
- Assistenzhunde, § 2 Absatz 3 Hundegesetz Berlin, Geltungsbereich: „Assistenzhunde sind Hunde, die dazu bestimmt und aufgrund einer speziellen und durch Kenndecke oder Arbeitsgeschirr nachgewiesenen Ausbildung dazu befähigt sind, Menschen mit dauerhaften körperlichen oder geistigen Einschränkungen oder Erkrankungen sowie Menschen mit Sinnesbehinderung und Menschen mit tiefgreifenden Entwicklungsstörungen im Alltag zu unterstützen.“ Es fehlt jedoch eine bundesweite Definition, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) will dazu noch in 2021 eine Klärung herbeiführen
- Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV), 6. Änderungsverordnung seit 2014 in der Diskussion, Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe: Lösung soll, so Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), noch in 2020 gefunden werden – auch im Einvernehmen mit den Verbänden.
- Ausschreibung Sonderfahrdienst, es liegen Vorschläge von verschiedenen Seiten vor, so unter anderem vom Fahrgastbeirat. **Gerne auch von**

Mitgliedern der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen – diese bitte bis zum 13.10.2020 per E-Mail herreichen.

- Sachstand Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG)
 - Artikelgesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wurde im August 2020 in die Mitzeichnung gegeben – Ergebnisse aus der Verbändeanhörung hatten wir bereits kommuniziert – grundsätzlich erheben alle Häuser Einwendungen, im Mittelpunkt stehen dabei zwei Aspekte:
 - (zu) weitgehende Verpflichtungen
 - Finanzierung
 - Aktuell sind wir im Dialog mit den Häusern, um die Vorbehalte weitestgehend auszuräumen, das wird sich zeitlich sicherlich bis zum Jahresende hinziehen.
- Herr Schenk fragt nach der Veröffentlichung des Rundschreibens „Budget für Arbeit“. Das Rundschreiben Soziales Nummer 16/2020 ist veröffentlicht unter folgendem Link: https://www.berlin.de/sen/soziales/service/berliner-sozialrecht/kategorie/rundschreiben/2020_16-960206.php
- Herr Schenk berichtet über die Kampagne Blickwechsel, die kritisch auf das Projekt „Schichtwechsel“ im Hinblick die Förderung von Inklusion eingeht. Im Rahmen des Projektes tauschen Beschäftigte aus Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) an einem Tag im Jahr den Arbeitsplatz mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarkts. Das gilt es gegebenenfalls auf der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe aufzurufen.

Frau Doktor Würtz berichtet zu folgenden Themen:

- Sachstand Berliner Maßnahmenplan:
 - Die Beschlussvorlage für den Senat befindet sich aktuell in der Mitzeichnung bei den anderen Senatsverwaltungen.
 - Man ist dabei einen externen Dienstleister zu beauftragen, ein barrierefreies Layout für den Maßnahmenplan zu entwickeln.
 - Geplant ist auch eine „Kurzversion“ des Maßnahmenplans in leichter Sprache.
 - Folgende Themen befinden sich in der Klärung und sollen auch im Rahmen der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen diskutiert werden:
 - Bekanntmachung der Ergebnisse des Berliner Maßnahmenplans nach Veröffentlichung.
 - Umsetzung des Berliner Maßnahmenplans nach Artikel 33, Absatz 3 UN-Behindertenrechtskonvention Rolle der Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen, Focal Point, Ressortübergreifende Arbeitsgruppe et cetera.

Stand Umsetzung Bundesteilhabegesetzes (BTHG):

- Der Abschlussbericht zum Bundesteilhabegesetz-Projekt steht auf der WEB-Seite unter folgendem Link:
<https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/menschen-mit-behinderung/bundesteilhabegesetz/aktuelles/artikel.980553.php>
- Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes erfolgt nun in der Linienarbeit der Hauptverwaltung und der Bezirke.
- Aktuelle Umsetzungsschwerpunkte sind unter anderem:
 - Aufbau der Teilhabefachdienste Soziales, der bezirklichen Steuerungskreise, Bezirksteilhabebeiräte und Widerspruchsbeiräte.
 - Einführung des Teilhabeinstrumentes Berlin
 - Aushandlung der neuen Vergütungsstruktur im Rahmen des Berliner Rahmenvertrages.

7. Projekt Monitoringstelle Berlin, Deutsches Institut für Menschenrechte

- Frau Hübner berichtet über die Begleitung der Monitoringstelle in den Themen: Landesgleichberechtigungsgesetz, Berliner Maßnahmenplan, Teilhabebericht.
- Frau Doktor Striek berichtete über das Partizipationsprojekt der Monitoringstelle. Hierzu wurden bereits Fragebögen an die Interessensvertretungen geschickt. Geplant ist eine (virtuelle) Veranstaltung Ende des Jahres. Ab nächsten Jahr sollen auch Fragebögen an die Verwaltung gereicht werden.
- Herr Schenk bittet bei der Adressierung der Fragebögen auch die Angehörigen von Menschen mit Behinderungen mit einzubeziehen.
- Frau Stenger äußert sich zu den Fragebögen, deren Fragestellungen ihr teilweise zu persönlich sind. Außerdem hätte Sie eine Videokonferenz bevorzugt, die durch Fragebögen nicht ersetzt wird. Die „zu persönlich“ empfundenen Fragen können nach Frau Striek in den Fragebogen übersprungen werden. Das Format einer Videokonferenz wird es im Rahmen der Veranstaltung im Dezember geben.
- Eine Einbindung der Verwaltung in das Partizipationsprojekt wird erfolgen. Es wird noch darüber diskutiert in welcher Form dies zusammen mit den Interessensvertretungen geschieht.

8. Verschiedenes

- Das Thema Vergütung von Ehrenamtlichen in den Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen wird angesprochen. Eine Vergütung wurde im Rahmen des Gesetzesentwurfs Landesgleichberechtigungsgesetz vorgesehen. Man muss jedoch, nach Aussagen von Herrn Schwarz, das Mitzeichnungsverfahren abwarten.
- Frau Krämer geht auf einen Fall ein, bei dem durch die Beantragung eines Budgets für Arbeit, die Erwerbsunfähigkeit von der Rentenversicherung in

Frage gestellt wurde. Herr Schwarz ist sehr an dem Fall interessiert und bittet eine schriftliche Einreichung, um entsprechende Schritte einzuleiten.

- Die nächste Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen findet am 20. November 2020 statt.

Protokollantin: Doktor Julia Würtz